

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apollonigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unversiegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Bierreimgasse Nr. 177.

Nr. 211.

Donnerstag 16. September 1875.

IV. Jahrgang.

Militarismus und Kulturkampf.

V. Der König Wilhelm eilt von Heerchau zu Heerchau, von großen Manövern zu großen Manövern und Flottenparaden; als Abwechslung feiert er die Schlacht von Sedan und wohnt dem Feste der Errichtung eines abgeschmackten Denkmals bei, welches zur Verherrlichung des Sieges, den ein längst verichollener Volksstamm über die Römer vor bald 2000 Jahren errungen, errichtet wurde. Nichts wie Jubel über vergangenes Morden und Vorbereitung zu neuem: hierin culminirt das ganze Kulturstreben der Hohenzollern. Alles dagegen, was den Menschen noch einen höheren, edleren Lebenszweck vindiciren will, als zu morden und gemordet zu werden: Religion, echte Wissenschaft, wahre Freiheit, ist im „Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte“ in Acht und Bann erklärt. Bischöfe und Priester der katholischen Kirche werden vertrieben, eingekerkert, in Ausübung ihrer sittigen Mission gehemmt; die Schule wird entchristlicht und dazu gemißbraucht, in den jugendlichen Herzen einen falschen, unsittlichen Patriotismus zu entzünden, der nichts Anderes ist, wie Dünkel auf eingebildete eigene Tüchtigkeit und Haß und Verachtung anderer Völker.

Die Folgen dieser unsittlichen Richtung bleiben nicht aus; eine allgemeine Nothet nimmt immer mehr überhand und erweist sich in zahllosen Verbrechen, die von einer bisher unbekannt gewesenen Verhierung der Massen Kunde geben. Polizei und Gerichte aber sind zu dringend damit beschäftigt, die Presse zu maßregeln, Priester zu verfolgen, welche eine stille heil. Messe „unerlaubt“ gelesen, Kranke versehen oder Kinder in den Glaubenswahrheiten unterrichtet haben, als daß sie die Excesse des Pöbels in Schranken halten könnten; die Gefängnisse sind zu überfüllt mit pflichttreuen Priestern und katholischen Schriftstellern, als daß die Verbrecher gegen Leben, Gesundheit und Eigenthum darin zur Strafe gezogen werden könnten.

Auch anderswo fehlt es nicht an Verbrechen, und es ist unleugbar, daß in dieser Zeit, da die Jugend immer mehr mit wahrhaft teuflischer Berechnung dem heiligenden Einflusse der Kirche entzogen wird und eine zucht- und sittenlose Generation heranwächst, auch in unserer Monarchie die Brutalitäts-Excesse und Verbrechen in erschreckender Weise zunehmen; aber es ist nicht zu verkennen, daß die spezifisch Bismarck-Hohenzollern'sche Staatsidee, wie sie jetzt zur Darstellung gebracht wird, ganz besonders bestialisirend auf die Bevölkerung einwirkt, daß sie ihren Excessen eine ganz besonders menschenunwürdige Nahrung gibt. Die Verbrechen, welche bei uns begangen werden, lassen sich alle doch wenigstens menschlich erklären und begreifen, die des Alt-Preußenthums aber tragen einen Character an sich, der bei uns geradezu unverständlich sein muß.

Greifen wir aus dem Berliner „Tagblatt“ einen beliebigen Tag heraus, so finden wir sofort einen Beleg für unsere Behauptung. „Die Un-

sicherheit hat dermaßen in Berlin überhand genommen, daß sich wohl mit Recht die Frage aufdrängt, ob nicht irgendwie Maßregeln getroffen werden können, welche eine Besserung der Zustände zur Folge haben würden. Es vergeht jetzt fast kein Tag mehr, an welchem wir nicht einen oder mehrere Raubansfälle zu registriren haben, und man hat es diesmal nicht mit fingirten zu thun, denn zumeist tragen die Verübten schwere, ja lebensgefährliche Verletzungen davon. So werden uns heute wieder folgende zwei Fälle gemeldet: Am Montag Abend gegen 10 Uhr wurde der Gürtlergeselle Hensche, von dem Gesundbrunnen kommend, in der Uferstraße von zwei ihm unbekanntem Männern angefallen. Einer der Unbekannten bat um etwas Geld, worauf ihm H. erwiderte, daß er selber nichts hätte. Kaum hatte er dies gesagt, als er mit einem harten Gegenstand einen so wuchtigen Hieb über den Kopf erhielt, daß er besinnungslos zur Erde stürzte. An der Erde liegend, versetzte ihm einer der Räuber einen Fußtritt, daß ihm der Kinnbackenknochen gebrochen, zwei Zähne aus dem Munde geschlagen und mehrere andere Zähne gelockert wurden. Außerdem sind dem H. seine silberne Cylinderuhr mit Haarschnur, sowie sein Portemonnaie mit Inhalt geraubt. H. hat Aufnahme im Klinikum in der Ziegelstraße gefunden. — Ein anderer Raubansfall hat Abends gegen 9 Uhr stattgefunden. Als der Arbeiter Beranek um die genannte Zeit den Humboldtsthain passirte, kamen an der Brücke, welche von der Hochstraße nach dem Humboldtsthain führt, plötzlich drei Männer aus dem Gebüsch, wovon einer dem B. einen Schlag auf den Kopf versetzte, daß er besinnungslos zur Erde fiel. Als dann fielen die Stroche über ihn her, schlugen ihm in's Gesicht und beraubten ihn seines Geldes im Betrage von 27 Mark 25 Pfennigen, sowie eines Pfandscheines. Die Verletzungen des B. sind so erheblich, daß derselbe nach der Charité gebracht werden mußte.

Unsern und den Wiener Preußenjuchlern, welche in dem Preußenthum die höchste und edelste Kulturblüthe der Neuzeit bewundern, wünschten wir, daß sie etwas genauer mit den Früchten dieser Blüthe bekannt würden. Im Allgemeinen glauben wir, daß jeder geistig gesund construirte Mensch durch einen 3monatlichen Aufenthalt in Berlin für alle Zeit vor jeder Versuchung gesichert wird, für das neue Kaiserthum und Alles, was damit zusammenhängt, zu schwärmen.

Rede des Bischofs von Mainz.

II.

Die zweite Gefahr für die Freiheit liegt in einer anderen gleichfalls weit verbreiteten Vorstellung, welche die persönliche Freiheit auf die Person, das Individuum, beschränken will und die Wahrheit verkennet, daß der einzelne Mensch nie

frei ist, wenn er sich nicht corporativ mit Anderen vereinigen kann. Was ich hier sagen will, will ich Ihnen zunächst an einem Beispiel vor Augen stellen. Die französische National-Versammlung bestimmte in dem Gesetz vom 17. Juni 1791: „Daß die Zünfte unter keinem Vorwande und keiner Form wiederhergestellt werden dürften, und daß die Bürger desselben Handwerks nicht das Recht hätten, über ihre angeblichen, gemeinschaftlichen Interessen sich zu berathen.“ Das war damals, und das ist so vielfach noch jetzt die unwahre Idee von der Freiheit und die möglichst weit getriebene Isolirung des einzelnen Menschen; die absolute Individualisirung, verbunden mit dem Princip der unbeschränkten Concurrenz dieser isolirten Individuen, dieser Menschenatome. Die Handwerker sahen bald ein, daß sie in dieser Isolirung an den Bettelstab kamen. Viele Tausende von ihnen versammelten sich deshalb und baten in einer Petition die National-Versammlung um das Recht, durch Association ihr Interesse gemeinschaftlich zu befördern. Bei der Berathung über dieselbe sprach der Berichterstatter, der Deputirte Chapelier, die bezeichnenden Worte: „Die Arbeitervereinigungen lassen die durch die Constitution abgeschafften Corporationen wieder aufleben und sind daher unconstitutionell. Es muß zwar gewiß allen Bürgern, welche Handwerke treiben, gestattet sein, sich zu vereinigen; aber nie, um über ihre angeblichen gemeinschaftlichen Interessen zu berathen. Es gibt keine Corporationen im Staate mehr; es gibt nur noch einen Gegensatz, nämlich das Sonderinteresse eines jeden Individuums und das Gemeininteresse.“ So wurde der Antrag der Arbeiter einstimmig von der französischen National-Versammlung abgelehnt.

Diese Weisheit, daß es im Staate nur mehr einen Gegensatz geben dürfe, das isolirte Individuum und den Staat selbst, hat nun auf dem Gebiete der Volkswirtschaft seitdem vollständig abgewirkt. Sie hat einen schweren, socialen Kampf hervorgerufen, den wir heute mit der Arbeiterfrage bezeichnen. Alle erkennen jetzt auf diesem Gebiete die Nothwendigkeit der Association, der Verbindung gleicher Interessen, wie den Wahn, daß die absolute Individualisirung den einzelnen Arbeiter für die Erwerbsthätigkeit frei mache. Auf allen anderen Gebieten, auf denen der Mensch sich frei bewegen will, besteht dagegen dieses unselige Princip noch in seiner vollen Kraft fort. Da wir leben gerade in der Zeit, wo man es bis zu seinen letzten Consequenzen zur Ausführung bringen will. Der heilige Organismus der Familie, der höchste Schutz für die Freiheit des Menschen in seiner Jugendzeit, wird zerstört; ebenso der feste und starke Organismus der alten bürgerlichen Gemeinde u. u. Ueberall die absolute Isolirung des Individuums unter dem Scheine der wahren Freiheit; aber überall mit derselben Wirkung, daß dadurch die wahre persönliche Freiheit zerstört wird, weil das Individuum nur wahrhaft frei ist, wenn es sich mit Anderen verbinden kann, indem es nur

in dieser Verbindung die Ergänzung seiner Persönlichkeit, seine volle Kraft findet. — Erlauben Sie mir nur an zwei Beispielen nachzuweisen, was unter der Herrschaft solcher Ansichten aus der Freiheit wird.

Betrachten Sie das Schickial der Religionsfreiheit solchen Bestrebungen gegenüber. Die Absichten unserer Gegner bezüglich der Religionsfreiheit sind klar! Sie sollen nach und nach in drei Stationen verwirklicht werden. Nach den Ausführungen des Herrn Professors Friedrich in seinem Aufsatz: „Das deutsche Reich und die katholische Kirche“ aus dem Jahre 1871 besteht die erste Station darin, daß ein ganzes System von Gesetzen erlassen wird, deren ausgesprochene Absicht dahin geht, die Lebenskanäle der Kirche abzuleiten und sie so ganz machtlos zu machen, sie auszutrocknen, wie er sagt. Das ist aber nur die erste Station. Er selbst erklärt, daß dies nur ein Uebergangszustand sei zur vollen Trennung der Kirche vom Staate, nachdem die Kirche durch die erste Manipulation gehörig ohnmächtig geworden sei. Gegen diese Trennung von Kirche und Staat hätte ich nun, wenn sie richtig verstanden wird, Nichts zu erinnern. Unsere Gegner haben aber von ihr einen Gedanken, der jede Religions- und Gewissensfreiheit vernichten würde. Sie verbinden nämlich mit der Trennung der Kirche vom Staate den Begriff einer Religions- und Gewissensfreiheit, welcher jeden kirchlichen Verband vernichtet: die absolute Individualisierung. Jeder Einfluß des kirchlichen Verbandes auf das Individuum wird nach diesem System schon als eine Beschränkung der vollen Freiheit aufgefaßt, welcher staatlich verhindert werden müsse. Das wäre dann ganz genau eine Religions- und Gewissensfreiheit nach demselben Modell, wie die Gewerbefreiheit, welche die französische Revolution den armen Handwerkern gebracht hat, die für sie die Freiheit zum Verhungern war. Die platte Lüge dieser angeblichen Freiheit tritt aber bei der Religion um so mehr hervor, weil ihr ganzes Wesen eine Verbindung von Menschen zur gemeinschaftlichen Gottesverehrung voraussetzt. Das sehen wir nämlich, in höchster Evidenz, an der christlichen Kirche. Sie beruht ganz auf der höchsten Idee einer Körperschaft, einer in Gott gegründeten Körperschaft. Wenn wir Christen aber noch in diesem heiligen Verbande unter einander und mit Gott leben wollen, wie Christus ihn auf Erden gegründet hat, so wird man uns im Namen dieser lägenhaften Austerfreiheit sagen, daß das nicht geht, daß das gegen die wahre Freiheit ist, daß es nur mehr Einen Gegenjag gibt, den des Individuums und des Staates. Aber auch über diese Station der Vernichtung der Religions- und Gewissensfreiheit hinaus, mit der wir bedroht sind, liegt noch eine weitere und dritte Stufe, welche der aargauische Regierungsrath in der Schweiz mit dem Bewußtsein, hiermit an der Spitze der Zeitbewegung zu stehen, ausgedacht hat, nämlich der Erlaß eines allgemeinen Staatsgesetzes für die gleichförmige Verfassung aller Religionsgenossenschaften in Verbindung mit der Einführung eines Katechismus, welcher gleichfalls für alle Religionsgenossenschaften gleichmäßige Gültigkeit hat. Da wäre denn endlich das Ideal der französischen Revolution in unserer Zeit realisiert: „Der Gesetzgeber befiehlt die Zukunft. Seine Sache ist es, das Gute zu wollen. Seine Aufgabe ist es, die Menschen so zu machen, wie er will, daß sie seien.“ Das ist der Weg, auf dem wir uns befinden. Eine entwürdigendere Sklaverei, als wie sie je einem vernünftigen Wesen zugemuthet ist.

Ähnliche Gefahren, wie die Religions- und Gewissensfreiheit, hat die Lehrfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft. Diese Freiheit steht an Werth der Religionsfreiheit am nächsten. Auch sie ist aber nur dann eine Wahrheit, wenn sie sich nach Außen hin frei gestalten kann. Auch sie wird zu einer Carratur und Lüge, wenn sie zu einer bloßen Art von Gedankensfülle herabgewürdigt wird; wenn ihr alle Mittel entzogen sind, sich lebenskräftig zu entwickeln. Zur wahren Freiheit der Wissenschaft gehört insbesondere die Lernfreiheit. Einem Volke, dem die Lernfreiheit fast vollständig entzogen ist, dem hat man auch die Freiheit der Wissenschaft entzogen. Das ist ja aber nur zu viel der Fall. Die Zwangsjacke, in der die Wissenschaft steckt, liegt in den unzähligen Hemmnissen, die den Einzelnen verhindern, sich seine geistige

Ausbildung nach eigener freier Wahl zu geben. Sie liegt in allen den Verhältnissen, welche ihn zwingen und nöthigen, die Staatsanstalten zu besuchen. Dieser Staatschule gegenüber, wie sie jetzt von der untersten bis zur obersten Schule organisiert ist; dieser Nöthigung gegenüber, die Staatschulen zu besuchen, um die notwendigen Examina machen zu können für das einjährige Dienstjahr, für die verschiedenen Lebensberufe u., haben wir kein Recht mehr, von freier Wissenschaft zu sprechen; die staatlich protectionirte Wissenschaft hat das Monopol der Wissenschaft. Das ist aber wiederum ein Monopol, das jedem wahren Freiheitsbegriff entgegensteht. Das ist ein Monopol, das mit der Idee eines freien Volkes unvereinbar ist. Kein höheres Ziel ist uns deshalb für die Zukunft gesteckt, als die Erringung der Freiheit der Wissenschaft; der Freiheit der Gründung von Lehranstalten, von Schulen von der untersten bis zur höchsten; der Freiheit des Lernens, ohne welche die Freiheit des Lehrens bedeutungslos ist. Was in Frankreich errungen ist, müssen auch wir erringen. Das ist die höchste Aufgabe, die wir für die Zukunft haben. Sonst sind wir in Gefahr, in der Zukunft eine Wissenschaft zu bekommen, die im Dienste des Absolutismus steht, und nur mehr dazu dient, den Geist der deutschen Jugend nach Commando zu discipliniren.

Politische Ueberstcht.

Freiburg, 15. September.

„Pester Lloyd“ schreibt: Es dürfte sich nach den bisherigen Feststellungen an der morgen beginnenden Adressdebatte, nachdem die Adresse lediglich als Enunciation des Abgeordnetenhauses betrachtet wird, seitens des Ministeriums Niemand betheiligen. Nachdem die Schriftführer, welche die Redner vorzumerken haben, vom Präsidenten noch nicht designirt sind, hat eine hierauf bezügliche Vormerkung noch nicht stattfinden können und entbehren alle hierauf bezüglichen bisherigen Meldungen jeder Grundlage. Es verlautet sogar, daß von der Unabhängigkeits-Partei nur sehr wenige Mitglieder an der Debatte theilnehmen werden. Von Seite der ultranationalen jehrichen Abgeordneten soll ebenfalls ein stark in hoher Politik machender Adressentwurf vorbereitet werden.

Finanzminister Széll wird wahrscheinlich erst Montag die Budgetvorlage dem Reichstage unterbreiten. Gleichzeitig wird der Minister ein eingehendes, für mehrere Stunden berechnetes Finanz-Exposé entwickeln, welches auch die Begründung eines neuen, ebenfalls zu unterbreitenden Steuergezetzwurfs enthalten dürfte.

Die Delegationen sind in Sicht. Keine volle Woche mehr trennt uns von dem Zeitpunkt ihrer Eröffnung. Zum Referenten des Heeresauschusses in der ungarischen Delegation ist Ernst Hollan, zum Referenten des Ausschusses für die gemeinsamen Angelegenheiten Jall bestimmt. Reichbauer soll sein Mandat für die österreichische Delegation niederlegen wollen. Eine Coalition ungarischer und österreichischer Delegirter soll beabsichtigen, den Grafen Andrassy, welchen sie im Allgemeinen für den richtigen Minister des Auswärtigen halten, über seine Orientpolitik zu interpelliren. Sie sollen zwar ihre Befriedigung über die Erhaltung des Friedens ausdrücken, jedoch einen Tadel darüber aussprechen wollen, daß man sich überhaupt in eine diplomatische Action eingelassen, welche der strengen Consequenz entbehrte, da sie anfänglich die Pforte zu wenig zu begünstigen schienen, um ihr doch schließlich zu einem ungeheuren moralischen Erfolg zu verhelfen. Graf Andrassy soll seine Antwort schon bereit haben. Er werde sich zunächst auf das erreichte Resultat, auf den intact erhaltenen Frieden berufen und beifügen: mit diesem Ergebnis könne man sich um so eher zufrieden zeigen, als es natürlich nicht angehe, den Interpellanten jene diplomatischen Actenstücke und Vereinbarungen vorzulegen, auf Grund deren er gehandelt. Jedenfalls glaube er besser unterrichtet zu sein, als die Interpellanten, über das, was europäische Nothwendigkeiten erheischen, und da das erlangte Resultat durchaus den Anforderungen der Delegationen entspreche, werde ihm eine Billigung seines Verfahrens hoffentlich nicht

versagt bleiben. Möglich, daß die Dinge so glatt ablaufen; aber vielleicht finden sich doch Männer in der Delegation, welche den Dingen tiefer auf den Grund gehen und den Grafen Andrassy nicht so leichten Kaufs loslassen.

In Baiern ziehen die Liberalen, wie bei uns, gegen die katholischen Feiertage zu Felde und rechnen mit heuchlerischem Augenverdrehen aus, wie viel Arbeitsverdienst dabei verloren gehe. Sie selbst aber feiern (und diesmal nicht wie bei uns) jede Woche ein Krieger-, Veteranen-, Feuerwehroder anderes Fest, abgehen von den Sedan- und Kaiserfesten, und die Mitglieder der unterschiedlichen Vereine besuchen sich gegenseitig bei diesen Festen, welche zwar meist auf einen Sonntag fallen, zu welchen man aber schon am Samstag hinreist, und von welchen man erst am Montag zurückkommt, worauf Dienstag Kassenjammer u. s. w. Die Liberalen sollen einmal ausrechnen, was das kostet.

Die Noth in den Berliner Arbeiterkreisen steigt von Tag zu Tag. Bringt doch fast jede Woche neue Arbeiterentlassungen, Lohnreduktionen oder Verkürzung der Arbeitszeit um mehrere Stunden. Die Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse nimmt dagegen ungestört ihren Fortgang. In Folge davon mehren sich täglich die Reihen der Socialdemokraten. „Was nützt uns die Machtstellung und aller Kriegsrühm des neuen deutschen Reichs“, ruft der „Frankfurter Bote“ aus, „wenn das deutsche Volk dabei immer tiefer in's wirtschaftliche Elend geräth, nach Innen die confessionellen Streitigkeiten, vulgo „Culturkampf“, nach Außen die Perspektive auf einen fünfzigjährigen Kriegszustand — vergleiche das Zeugniß Moltke's — geerntet hat.“ (Zu einer neuen Erhöhung des Militärbudgets in Aussicht, welches ohnehin von 1871 bis 1874 von 90 auf 137 Millionen Thaler gestiegen ist.)

Dies ein Bild aus dem Lande und aus der Metropole des „Culturkampfes“. Dagegen schreibt die hochliberale Berliner „National-Zeitung“ in einem Feuilleton über Belgien: „Fabriken, Eisenbahnen, Steinöhlen und Pflaffen — das sind die ersten Eindrücke, die sich dem Reisenden beim Eintritt in das heutige Belgien aufdrängen. Der Boden des Landes, die überall fleißig bebauten Kluren, von kräftigem Baumwuchs, Gebüchen und Hecken durchzogen, Kornfelder, Obst- und Gemüsegärten, Wiesen und Wälder nicht ohne landschaftliche Reize, dazu die vieltürmigen Städte, behäbig aussehende Dörfer, ringsum zerstreute Bauernhöfe und schmucke Landhäuser mit wohlgepflegten Parks — Alles legt die Vermuthung nahe, Belgien müsse ein reiches, ein gesegnetes Land sein. Und dem ist auch wirklich so.“

Fleißig bebaut? Reich? Gesegnet? Und dabei ultramontan? Wie konnten nur der „National-Zeitung“ so viele „Druckfehler“ auf einmal passiren? bemerkt hierzu die „Germania“. Der Wohlstand Belgiens ist übrigens eine allgemein bekannte Thatsache. Zu demselben mag wohl auch der Umstand beitragen, daß in Belgien mit seinen 5 bis 6 Millionen Einwohnern nur 2000 Juden leben, in Preußen dagegen mit 17 Millionen Einwohnern 325,400, also 50mal so viel wie in Belgien, wo nur ein Jude auf 2600 Einwohner kommt, in Preußen aber 1 Jude auf 52 Einwohner (die meisten Juden leben in russisch Polen; dort kommt 1 Jude auf 7 Einwohner), in Rumänien, Oesterreich und Hamburg 1 auf 24, in Elsaß-Lothringen, Hessen und Rußland 1 auf 35; in Spanien 1 auf 2800, in Schweden 1 auf 3500, in Frankreich 1 auf 785, in Irland leben im Ganzen nur 258, in Norwegen nur 25 und in Amerika 120,000 Juden.

Die Untersuchung wegen der Vorgänge in Kosten (Posen), wo bekanntlich während des Gottesdienstes (40stündiges Gebet) zu Beginn der Fastenzeit ein großer Theil der Anwesenden die Kirche verließ, als der staatsfreundliche Propst die Kanzel bestieg, ist zum Abschluß gelangt. Mehrere Personen, welche die Kirche verlassen hatten, wurden wegen Störung des Gottesdienstes vom Kreisgericht in Kosten zu je 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Darnach scheint es, daß Niemand mehr die Kirche verlassen darf, auch wenn ein Prediger, der ihm nicht zusagt, die Kanzel besteigt. Wo sind wir?

Aus dem Elsaß, 7. Sept., wird berichtet: „Bauet Klöster und Kirchen, so viel ihr wollet; gebet uns nur die Schulen, und wir sind Meister“, jagte eines Tages ein echter Maurer zu seinem ultramontanen Bruder; „Wer die Schule hat, dem gehört die Zukunft.“ — In Mühlhausen wurden dieser Tage alle Privatmädchenschulen, die gegen tausend Schülerinnen zählten, geschlossen. Die Schulen wurden von Schwestern geleitet und waren im besten Zustande, sie kosteten dem Staat keinen Heller und leisteten überhaupt der arbeitenden Klasse unschätzbare Dienste. Alles dies, oder besser eben dies konnte sie nicht retten, und zu guter Letzt ruft man den Schwestern Schmähungen nach. Wir würden dies nicht glauben, wenn wir es in der „Straßb. Ztg.“ nicht buchstäblich gelesen hätten. Da in der Schweiz jetzt auch die barumherzigen Schwestern proscribirt sind, so läßt sich erwarten, daß dieses Vorgehen gegen den Orden auch bei uns Anklang findet.

Die Insurrection in der Herzegovina rühmt sich neuer Erfolge, welche sie am 8. und 9. über Hussein Pascha und am 11. über Nedjib Pascha errungen, von denen wir schon gestern berichteten. Ein Telegramm aus Konstantinopel, 13. d., lautet: Infolge der in den ersten drei Tagen der abgelaufenen Woche stattgehabten ersten Gefechte, bei welchen die türkischen Truppen geschlagen wurden, wird Trebinje neuerlich von den Insurgenten belagert, welche einen Transport von 25 Maulthieren auf der Straße nach Ragusa wegnahmen.

Aus Belgrad, 13. Septbr., liegen folgende Nachrichten vor: Trotz der Vorstellungen der serbischen Regierung wächst die türkische Truppenmacht bei Nißch. Dieses wird so bedrohlich aufgefaßt, daß Nistic von Kragujewatz zur Conferenz mit dem Fürsten und den Vertretern der Mächte hier erwartet wird. Die Stärke der Armee Hussein Avni Pascha's soll auf 50,000 Mann gebracht werden. Eine außerordentliche Mission an die Großmächte wird hier geplant.

Montenegro will die türkischen Truppen bei Spuga und Podgoriza nicht passieren lassen. Die Pforte leitet ihr diesbezügliches Recht aus dem 1862er Vertrage ab. Aus Cetinje ist dagegen ein Protest abgehandelt worden.

Das Journal „Oslobodjenje“, welches wieder erscheint, meldet, daß die reichen Serben in Bosnien mit den Türken Hand in Hand gegen die Insurgenten gehen.

Belgrad, 14. September. Nach „Zastava“ wollte die Pforte im Falle erster, kriegdrohender Sprache der Skupstina Truppen von Nißch aus in Serbien einmarschieren lassen. Tapferster, äußerster Widerstand wird für diesen Fall vorbereitet. Alle Welt ist mit der Zauderpolitik Nistic's, der intimen Freunden den Krieg in sichere Aussicht stellte, unzufrieden. „Zastava“ droht mit Nistic's Sturz. Die Lage ist sehr gespannt und erscheint unhaltbar.

Original-Correspondenzen des „Recht.“

Preßburg, 15. September. Wir waren gerade beschäftigt mit der Lectüre der dritten Auflage des unbezahlbaren Buches von Wuttke über „Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung.“ Wir vergegenwärtigten uns dabei die entsetzlichen Mißbräuche, welche mit der Presse getrieben; wie sie das Werkzeug geworden, dem Volke seinen Glauben zu erschüttern, seine Sitten zu vergiften, seinen Verstand zu verdummen, endlich es im bezahlten Dienste einer ausbeutungslustigen Gründerclique auszulündern. Zu diesen Schäden, welche eine gewissenlose Presse dem gemeinen Wesen unablässig zufügt, und welche Wuttke so drastisch und mit so eingehender Sachkenntniß schildert, gefällt sich ein anderer verwerflicher Mißbrauch, dessen jener erfahrene Schriftsteller keine Erwähnung thut, der aber geeignet ist, der Presse den Rest von Glauben zu nehmen, dessen sie sich bei verständigen Leuten noch erfreut. Diesem Mißbrauch verdiente in einer dritten Auflage, welche der Broschüre nicht ausbleiben wird, ein besonderes Kapitel gewidmet zu werden.

In diesem Augenblicke liefert unsere Stadt eines der schimpflichsten Beispiele dazu. Wir pflegen uns sehr kühl zu verhalten gegen das Parteirei-

ben, dem sich die Mehrzahl der hiesigen Einwohner hingibt. Wo es sich nicht um große Prinzipien handelt, sondern um kleinliche Coterieinteressen oder um persönlichen Eigennutz, da liegt es den Tendenzen dieses Blattes fern, das Wort zu ergreifen und sich einzumischen. Wir haben geschwiegen zu dem immer erbitterter werdenden Kampfe, den eine radikale Partei gegen die gemäßigt liberale führt. Wie wir von keiner dieser beiden Fractionen Sympathie zu erwarten haben oder wünschen, so widmen wir sie auch keiner. Wir glauben nicht, daß die liberale Fraction den geistigen Gehalt besitzt, die Gefahren, mit denen die radikale das Gemeinwesen bedroht, zu überwinden; wir glauben keineswegs, daß die letztere den idealen Gehalt besitzt, um günstig belebend auf erstere einwirken zu können; wahrhaft conservative Ideen fehlen beiden. Wir müssen also den Kampf der Parteien dieser Stadt, mit Bedauern zwar und mit Besorgniß, sich vollziehen lassen, aber ohne thätige Theilnahme, für welche uns auf beiden Seiten die passende Stelle fehlt. Jetzt aber ist ein schändlicher Mißbrauch mit der Presse begangen, und dadurch sind wir damit in Mitleidenschaft gezogen. Wir wir gestern bereits kurz angedeutet, wimmeln plötzlich mit Einem Schlage die ungarischen und die österreichischen Blätter von Nachrichten über ein angeblich strafwürdiges, eigenmächtiges Gebahren, welches sich der frühere Bürgermeister Justi mit den vielbesprochenen 154,000 fl. hätte zu Schulden kommen lassen. Ein hiesiges Blatt bringt zur Erleichterung der Uebersicht eine Blumenlese jener Notizen. Wir wiederholen: Niemand in Preßburg, auch seine ärgsten Gegner nicht, glauben an eine Unterschlagung von Herrn Justi, ja Niemand bezweifelt, daß derselbe sich um die Stadt höchst verdient gemacht, sich als ein Verwaltungsbeamter von seltener Vielseitigkeit und Tüchtigkeit bewährt habe.

In welchem Interesse also wird er plötzlich mit bewußten Verläumdungen überhäuft? Der Parteigeist allein genügt nicht zur Erklärung dieser häßlichen Erscheinung, denn Justi ist für immer vom Schauplatze seiner Thätigkeit zurückgetreten. Wenn niedrige Gesinnung dem beseitigten Gegner auch noch einige Invektiven nachzuschleudern pflegt, so fordert diese von geschickter Hand combinirte Verläumdungsluth doch eine andere Erklärung.

Wie wir hörten, sollen einige Gläubiger der Surányer Zuckersabrik Herrn Justi wegen seiner bekannten Verlässlichkeit und administrativen Tüchtigkeit für die Stelle als Massaverwalter in's Auge gefaßt haben. Am 12. versammelte sich der Gläubigerausschuß, an welchem Tage also diese Angelegenheit zur Sprache kommen konnte. Zwei Tage zuvor wurde Justi als unredlicher Verwalter in einem Duzend von Zeitungen an den Pranger gestellt. Wer ist es, der ein Interesse daran hat, ihn mit Hilfe seiner Parteigegner durch einen scandalösen Mißbrauch der Presse zu verläunden und zu discreditiren?

* Breslau, 12. September. Während der letzten Tage der Anwesenheit des Kaisers hieselbst ließ sich derselbe eine Anzahl Herren vorstellen, welche vor zwei Jahren in Folge der bekannten Vorfälle aus dem Vereine der schlesischen Maltejer-Ritter ausgeschieden waren. Dieselben waren ausgetreten, weil sie sich im Gegenthe zu den Maltejer-Rittern für die Kirchenpolitik der Regierung erklärt hatten.

Der Kaiser sagte zu den Herren: „Ich freue mich sehr, Sie zu sehen. Sie sind mir treu geblieben und ich habe das nicht vergessen. Sie wissen es so gut wie ich selbst, daß es niemals meine Absicht war, Ihre Religion anzugreifen, sondern nur dem Staatsgesetze Achtung zu verschaffen.“

Wie wahrheitsgemäß dieses Kaiserwort ist, zeigt, neben unzähligen andern Beispielen, untenstehende Correspondenz aus Neuwied. Nicht was Papst, Bischöfe und Priester und alle ihrer Kirche treuergebenen Laien für katholisch erklären, sondern was der protestantische preussische Staat dafür erklärt, ist gültig, ja dieser verfügt sogar über die Administration des Bußsakramentes.

Obige Behauptung des sogenannten „deutschen Kaisers“ ist daher ein Seitenstück zu dem Ehrenworte, das er seinerzeit deutschen Fürsten (Hannover, Hessen, Nassau u. A.) in Baden gegeben, daß er

niemals sich ihrer Länder gewaltsam bemächtigen werde und zu dem Ehrenworte, das er unserem Monarchen 1866 gegeben, daß er kein Bündniß mit Victor Emanuel geschlossen habe, während die Unterschrift unter dem berühmten Bündnißtractate schon einige Wochen alt war.

Neuwied, 8. September. Heute spielte vor den Schranken des hiesigen Polizeigerichts ein höchst merkwürdiger Prozeß. Der „Nass. Pote“ meldet darüber: „P. Gabriel aus dem Kapuzinerkloster in Ehrenbreitstein war angeklagt, gegen die Maigesetze sich dadurch verjündigt zu haben, daß er den Bürgermeister von Vallendar vor etwa einem halben Jahre im Beichtstuhle nicht absolvirt habe, weil der erwähnte Bürgermeister „den Maigesetzen die Anerkennung“ nicht versagen wollte. Einziger Zeuge war natürlich der Bürgermeister, welcher übrigens zugestand, daß auch aus anderen Gründen ihm die Losprechung verweigert worden sei. Der Oberstaatsanwalt fand die Schuld des Angeklagten ganz erwiesen, sah in dem qu. Gegenstand ein besonderes strafwürdiges Vergehen, redete auch von der Auslehnung vieler Geistlichen gegen die Gesetze, für welches Verhalten er in der Herrschucht des Clerus den Erklärungsgrund finden wollte, und schloß mit dem Strafantrag auf drei Monate Gefängniß unter sofortiger Verhaftung. Die Vertheidigung führte in sehr gründlicher Weise Justizrath Tillmann, indem er zuerst das Zeugniß angriff und dann die Anwendung der Maigesetze auf den fraglichen Punkt unter Erörterung der Bedeutung der katholischen Beichte, insbesondere der Verweigerung der Losprechung in Abrede stellte. Der Gerichtshof schloß sich der Ansicht des Oberstaatsanwaltes an und verurtheilte P. Gabriel zu 3 Monaten Gefängniß, lehnte aber die sofortige Verhaftung als nicht begründet ab. Ein kleines Intermezzo veranlaßte der Antrag des Oberstaatsanwaltes, den Vertheidiger wegen Angriffs auf den Zeugen zu 75 Mark zu verurtheilen, welchem Antrag der Gerichtshof keine Folge gab. Die Verhandlung hatte zahlreiches Publikum, besonders aus Vallendar, angezogen; daß das Auftreten des Bürgermeisters, der anfangs, weil er ja doch auch Katholik ist, sich gegen das Zeugniß sträubte, besonders unter seinen Ortsangehörigen Aufsehen erregt hat, bedarf keines besonderen Nachweises.“

Tagesneuigkeiten.

* (Gräfin Marie Bismarck,) die einzige Tochter des Fürsten Reichskanzlers, hat sich mit dem Grafen Wend Botho zu Eulenburg, Assessor und Premierlieutenant in der Reserve des Königs-Husarenregiments Nr. 7, zur Zeit im auswärtigen Amte beschäftigt, am 5. September in Barzin verlobt.

* (Dreihundertfünfzig Menschen ertrunken.) Am 10. Sept. hat sich ein schrecklicher Unglücksfall auf dem Dniesterflusse bei Bukowna zugetragen; 53 Menschen, die vom Markte in Uscie Zielone zurückkehrten, übersetzten den Dniester mit Wagen und Ochsen in einer Fähre. Als sie in der Mitte des Flusses angelangt waren, schlug die Fähre um, und es ertranken die Insassen mit dem Vieh. Nur eine Person vermochte sich zu retten, die übrigen fanden in den Wellen den Tod. („Gzb.“)

* (Orientalische Kinderpest.) Nach amtlichen, bis zum 9. d. M. reichenden Berichten ist das Gebiet des Königreichs Ungarn seuchenfrei. In Kroatien und Slavonien, wo die Seuche noch in der Gemeinde Marca des Kreuzer Komitats geherrscht hatte, ist sie gleichfalls erloschen, dagegen herrscht sie noch in der Militärgrenze in den Gemeinden Bodowalze, Neu-Gradiška, Vrbova, Drubica und Salas des Neu-Gradiškaer Grenzdistrictes. In den österreichischen Provinzen ist die Seuche in der Bukowina in der Novosteligaer Kontumazanstalt ausgebrochen.

Localnachrichten.

** (Versicherungswesen.) Wir machen die geehrten Leser des „Recht“ auf eine in der heutigen Nummer enthaltene Erklärung der Versicherungsgesellschaft „North British“ aufmerksam, der wir unsererseits die Bemerkung beifügen, daß die grundlosen Angriffe gegen die ungarisch-

englische Asseranz-Gesellschaft „Merkmale“, von welcher die „North-British“ totale Rückversicherung übernimmt, aus sehr unlauteren Quellen stammen, deren eigentliche Motive auf gehässigen Brodneid und niedrige Concurrenz zurückzuführen sind. Dem entgegen können wir die von uns dem versichernden Publikum schon öfters angerühmte Asseranzgesellschaft „Merkmale“ nur abermals bestens empfehlen.

** (Oeffentlicher Dank.) Durch die Administration des „Recht“ wurden dem Vereine „Humanitas“ von einem eifrigen Förderer aller guten Zwecke 16 1/2 Pfund Sporco oder 12 Pfd. Nettogewicht Zigarrenspizeln übergeben, wofür im Namen des Vereins, sowie der armen, fleißigen Schulknaben der wärmste Dank ausgesprochen wird.

Eingefendet.

Erklärung.

Jenen tendenziösen Ausstreuungen gegenüber, welche über das Verhältnis der gefertigten Compagnie zur „Merkmale“, ung.-engl. Versicherungs-Gesellschaft zu Budapest, in einigen ungarischen Journalen beliebt worden sind, bringen wir, als Repräsentanten und Nachhaber der „North British and Mercantile Insurance Company“ für Oesterreich-Ungarn, zur Aufklärung des Publikums ein für allemal zur Kenntniß, daß die „North British“ kraft des am 24. März 1875 abgeschlossenen, der hohen ung. Regierung angemeldeten, rechtskräftigen Cartelvertrages sämtliche Risiken der „Merkmale“, ung.-engl. Versicherungs-Gesellschaft, in ihrer Totalität in Rückdeckung übernimmt und dies dadurch documentirt, daß sie jede Polizze der benannten Gesellschaft statutengemäß durch ihren Generalbevollmächtigten für Ungarn mit ihrer beim Budapester Handelsgerichte protocollirten Firmazeichnung und Unterschrift versehen läßt, demgemäß auch für jeden, die „Merkmale“, ung.-engl. Versicherungs-Gesellschaft, polizzengemäß belastenden Schaden und für dessen prompte Ausbezahlung mit ihren Gesamtfonds ebenso haftet, wie jede ungarisch-österreichische oder welcher Namen immer tragende Gesellschaft; endlich, daß die erwähnten Polizzen nach Maßgabe der ungarischen Civilprozessordnung auch in Ungarn klagbar sind.

Ueber die Coulanze und Zahlungsfähigkeit der North British and Mercantile Insurance Company sind alle Stimmen einig, und genügt es wohl einerseits, auf den 66-jährigen ehrenhaften Bestand und auf den letzten Vermögensanweis der North British hinzuweisen, wonach der Gewährleistungsfond dieser Compagnie über 39 Millionen Gulden in Silber für die Feuerabtheilung und über 26 Millionen Gulden in Silber für die Lebensbranche beträgt.

Wie sehr auch die heimischen Versicherungs-Gesellschaften, darunter die Erste ungarische allgemeine Asseranz-Gesellschaft in Budapest, die Pesther Versicherungs-Anstalt, die „Victoria“ in Klausenburg, die Assicurazioni Generali und Azienda Assicuratrice in Triest u. s. w. die Vertrauenswürdigkeit der North British and Mercantile ebenfalls anerkannt haben, beweist die Thatsache, daß diese Anstalten die North British mit nach Hunderten Millionen zählenden Beträgen im Wege der Rückversicherung an dem Gros ihrer Geschäfte theilhaftig haben.

Es manifestirt sich übrigens das ungetheilte Vertrauen, das der North British in allen Welttheilen, wohin sie ihre Wirksamkeit ausgedehnt, in der ehrenlichsten Weise zu Theil geworden ist, zur Genüge durch die öffentliche Meinung, auf die sich die North British and Mercantile mit Genugthuung berufen kann.

Wien, am 7. September 1875.

North British and Mercantile Insurance Company.

Burger & Scharf.

Bureau im eigenen Geschäftshause, L. Gonzagagasse 15.

Angekommene in Preßburg

am 14. September.

Grüner Baum H. Simonson, Director, Wien. L. Kovv, Kaufm., Prag. Kohn, Kaufm., Großwardein. Herber, Fabrikant, Brünn. Mezner, Beamter, Buda-

pest. Rainz, Früchtenhändler, Oesterreich. N. Winkler, Kaufm., Dresden.

Hotel National. H. Mor. Goldberg, Kaufm., Szardabely. A. Raibhardt, Geschäftsrer, Wien. B. Lischy, Kaufm., Rußland. G. Jpotvi, Advocat, Tebafa. A. Rombandi, Gitterdirector; Tömöder, Wirtschaftsbeamter, Korompa. M. Kühnert, Hotelier, Budapest. D. Koch, Schauspieler, Berlin.

König von Ungarn. H. J. Jellinek, Gutsbes., Bobovis. Dr. Surban, Pfarrer, Klubofa. W. v. Tóth, Grundbes.; v. Dulla, Advocat, Th. Szt. Márton. A. Rajmar, Advocat, Tirnau. J. Wertheimer, Kaufm., Wien. Frau A. Just, Beamten's Witwe, Bürschütz.

Wiener Börse vom 14. September.

	Geld	Waar
5proc. Papier-Rente	70.35	70.45
ditto in Silber	73.80	73.90
ungarische Grundentl.-Oblig.	81.40	81.80
lebenbürgische	79.75	80. —
Weinbeent-Ablösungs-Oblig. 100 fl.	—	—
1864er Staatslose 100 fl.	134.40	134.80
1860er ganze	112.40	112.80
1860er Rühnstel	116.75	117.25
Credit 100 fl.	165.75	166.25
4pct. Dampfschiff 100	94. —	95. —
Opner 40	26.25	26.50
Graf Salm 40	35. —	36. —
„ Bálffy 40	27. —	27.50
„ Clary 40	25. —	25.50
„ St. Genois 40	27.25	27.75
„ Waldstein 20	19.50	20.50
„ Keglevich 10	12. —	13. —
Rudolflose 10	13.50	13.75
Ungar. Prämien-Anlehen	79.70	79.90
Türkenlose voll eingezahlt	50. —	50.25
Nationalbank	932	934
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	211.70	211.90
Creditb. a. u. z. 200 fl. 80pct.	207.50	207.75
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	108. —	107.50
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40pct.	33.50	34. —
Franco-Austrian	32.50	33. —
„ Hungariau	50.50	51. —
Nordbahn 1000 fl.	745	1750
Staatsbahn	273.50	274. —
Lemberg-Gzernowitz-Jassy	137.50	37.75
Ung. Nordostbahn	118. —	117.50
Ung. Ostbahn	48.50	48.75
Siebenbürger Bahn	119. —	119.50
Ungar. Eisenbahnanlehen	100. —	101. —
Hand-Ducaten	5.29	5.30
Deft.-ung 8 fl.-Goldst.	8.90	8.91
Preuß. Talerscheine	1.64	1.65
20-Francsstück	8.96	8.91
Silber	101.80	101.90

Meteorologische Beobachtungen

vom 14. September.

Zeit	Barometer Höhe bei 0 m. in Millim. metre	Temperatur nach Celsius	Lufttemper. in Millimet.	Feuchtigkeit in Procenten	Windrich- tung und Stärke d. Wind	Wetter und Temper.
7 U. M.	748.84	+13.8	8.6	73	W 1	☉ 8
2 „ M.	748.89	+19.9	8.5	49	WNW 4	☉ 4
9 „ M.	751.36	+11.5	6.9	69	WNW 3	☉ 2

Uebersicht: während der Nacht 6, während des Tages 7.

3. 38902. VIII.

Rundmachung.

Das Bezugsrecht der Fleisch- und Wein-Verzehrersteuer in den im Bieselburger Comitate gelegenen Gemeinden Rajka (Ragendorf), Droßvár (Carlsburg) und M.-Dvár (Ung.-Altenburg) wird am

24. September l. J. Vormittags 10 Uhr bei der k. ung. Finanz-Direction im öffentlichen Versteigerungswege hintangegeben.

Ausrufspreis für Rajka 1400 fl., für Droßvár 700 fl., für M.-Dvár 3636 fl. Kausgeld 10%.

Preßburg, am 5. September 1875.

K. ung. Finanz-Direction.

Bei der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet.

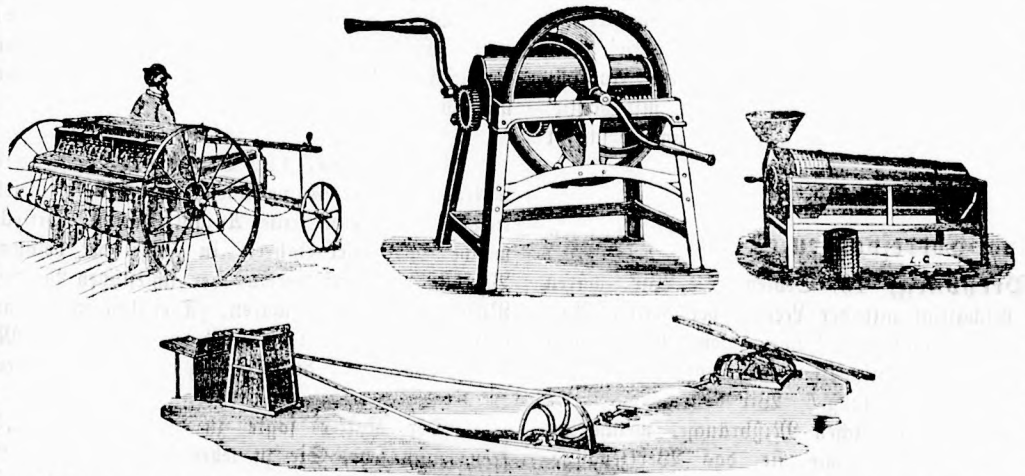
Das erste und größte photographische Atelier

von **H. KOZICS.**

nach den neuesten Verbesserungen neuerbaut, empfiehlt sich zur Aufnahme von Porträts von der Büchsenform bis zur Lebensgröße, Chromo-photographien, Photographien auf Eisenblech, Kabinet-Porträts, Photographien auf weißer Seide, Vergrößerungen in allen Dimensionen, Landschaften, Photographien aus Malerleinwand, mit Oelfarben ausgeführt, gemalte Damenfächer mit Photographien, Briefmappen, Cigarettenaschen u.

Bromenade Nr. 2, nächst dem Hotel zum „grünen Baum.“

Clayton & Shuttleworth
landwirthschaftliche Maschinenfabrikanten
aus Lincoln in England



empfehlen den v. t. Oekonomen ihr wohlaffortirtes Lager von den weltberühmten Original-Neihen-Säemmaschinen, Locomobilen für Holz- und Kohlen-Feuerung, Locomobilen auch mit selbstthätiger Strohheizvorrichtung

und Vorrichtung im Ackerbau mit vergrößerter Feuerbüchse (der durchschnittliche Verbrauch an Brennholz beträgt 10 pCt. des erdroschenen Strobes), Dampfdrückmaschinen, Mähren, Heblern, ferner Heutern, Trieurs,

Göpel-Dreschmaschinen.

Häcksel- und Rüben-Schneider, Seurechen, Mähmaschinen bester Construction und unübertrefflichen Pflügen.

Aufträge übernimmt und Auskünfte erteilt unser Repräsentant in Preßburg

L. C. ADLER,

Generalagent der „Mercantile“- und „Europa“-Asseranz-Gesellschaft. Comptoir: Lange-gasse Nr. 77, 1. Stod.

Auch Bestellungen gegen Ratenzahlungen werden prompt effectuirt.